

NZZ

GASTKOMMENTAR

Der Bund muss seine Verantwortung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation wahrnehmen

Es droht die Gefahr eines schleichenden Rückgangs der Bundesbeteiligung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Den Schweizer Hochschulen dürften 2028 eine halbe Milliarde Franken fehlen, was die Universitätskantone kaum werden kompensieren können.

Conradin Cramer

55 Kommentare →

29.01.2024, 05.30 Uhr ⌚ 3 min



Schweizer Hochschulen geniessen international einen hervorragenden Ruf.

Christian Beutler / Keystone

Der Bundesrat wird voraussichtlich in einigen Wochen die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) verabschieden, in welcher er die Bundesbeiträge für die Periode 2025–2028 festlegt. Trotz Sparzwang im Bundeshaushalt sieht der Bundesrat mit Ausgaben von 29,7 Milliarden Franken dem Vernehmen nach eine Erhöhung seines Engagements um nominal 2 Prozent gegenüber der Vorperiode vor.

Erfreuliche Nachrichten also für Innovationsparks, Forschungsförderinstitutionen und Hochschulen? Mitnichten, denn faktisch bedeutet die Vorlage des Bundesrats Stagnation. Der Bund zieht sich zurück und sägt damit an den Fundamenten unseres Wohlstands.

Düstere Aussichten

Gerade für die kantonal getragenen Hochschulen sind die Aussichten düster: Das vom Bundesrat vorgesehene Wachstum der Grundbeiträge an Universitäten beträgt 1,1 Prozent, an Fachhochschulen 1 Prozent. Dieses nominale Wachstum wird allein durch die erwartete Teuerung schon aufgeessen. Real bleibt erst recht nichts mehr übrig, wenn man die erwartete Zunahme der Studierendenzahlen einrechnet. Das Bundesamt für Statistik (BFS) schätzt in seiner konservativsten Prognose, dass 2028 rund 5 Prozent mehr Studierende an den Universitäten und 3,2 Prozent mehr an den Fachhochschulen eingeschrieben sein werden.

Schweizer Hochschulen geniessen international (noch) einen hervorragenden Ruf. Wir sind zu Recht stolz auf das hochstehende Ausbildungssystem, auf die ausgezeichneten Leistungen der Forscherinnen und Forscher in den verschiedenen Disziplinen und auf die Dienstleistungen der Hochschulinstitutionen für die Öffentlichkeit.

Die innovationsgetriebene, hochtechnisierte Schweizer Wirtschaft ist einerseits auf qualifizierte Fachkräfte, andererseits auf optimale Rahmenbedingungen angewiesen, zu denen ein starkes Forschungsumfeld gehört. Die Region Basel, die mit ihrer Pharmaindustrie wesentlich zur Wertschöpfung des Landes beiträgt, kann als bestes Beispiel dafür gelten.

Das Finanzierungssystem für Bildung, Forschung und Innovation ist kompliziert: Der Bund führt seine eigenen (Eidgenössischen Technischen) Hochschulen, elf Kantone sind Träger von zehn Universitäten, und fast jeder Schweizer Kanton ist an einer Fach- und/oder Pädagogischen Hochschule beteiligt. Der Bund übernimmt einen Teil des Aufwands der kantonal getragenen Hochschulen direkt, über seine Agenturen bezahlt er auch den Grossteil der öffentlichen Forschungsförderung.

Mittels Freizügigkeitsvereinbarungen übernehmen auch die anderen Kantone einen Teil der Kosten, die «ihre» Studierenden an den Hochschulstandorten verursachen. Der Rest des Finanzierungsbedarfs der Hochschulen – je nach Hochschultyp und Ausrichtung immerhin zwischen 35 und 50 Prozent der gesamten Aufwände (bei den Pädagogischen Hochschulen sind es sogar rund 90 Prozent) – verbleibt bei den Standortkantonen.

Mehrstellige Millionenbeträge

Vom Verfassungsprinzip der geteilten Verantwortung scheint sich der Bund zu verabschieden, wie aus der aktuellen BFI-Botschaft ersichtlich wird. Bei den kantonal getragenen universitären Hochschulen wird der Trend besonders deutlich: Hat der Bund im Jahr 2017 noch 13,4 Prozent der Mittel beigesteuert (zusammen mit der Forschungs- und Innovationsförderung 22,8 Prozent), sind es 2022 noch 12 Prozent (21,9 Prozent mit der Forschungs- und Innovationsförderung). Der schleichende Rückgang der Bundesbeteiligung um wenige Prozentpunkte mag auf den ersten Blick gering erscheinen, in Tat und Wahrheit geht es aber um mehrstellige Millionenbeträge.

Wenn der Bund diesen Kurs nach den Vorstellungen des Bundesrats fortsetzt, fehlt den Schweizer Hochschulen 2028 eine halbe Milliarde. Dass die Universitätskantone das kompensieren können, erscheint unwahrscheinlich. Wenn das Parlament nicht Gegensteuer gibt, werden die vielgelobten Schweizer Hochschulen in Zeiten des globalen Wettlaufs zusehends an Qualität und Leistung einbüßen. Spüren werden das nicht nur einige Studierende oder Forschende in den akademischen Elfenbeintürmen, sondern letztlich die Gesellschaft als ganze.

Conradin Cramer ist Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungsdepartements Kanton Basel-Stadt.